

An die Zürcher Medien

Zürich, 17. November 2011

Mutloser Antrag zu den beiden Mieterschutz-Initiativen des MV-Zürich

## **Wohnungsnot: Regierungsrat will nichts tun**

Der Regierungsrat beantragt dem Kantonsrat, die beiden Volksinitiativen des Mieterinnen- und Mieterverbandes Zürich (Transparente Mieten und Rechtsschutz für alle) ohne Gegenvorschlag abzulehnen. Die Regierung sieht keine Notwendigkeit, Mieterinnen und Mieter vor Missbräuchen und vor übersetzten Marktpreisen zu schützen. Sie verschliesst die Augen vor einem der drängendsten Probleme der Bevölkerung.

### **Transparente Mieten**

Unbestritten ist, dass die Offenlegung von Anpassungen bei Neuvermietung eine dämpfende Wirkung auf die Mieten hat. Die massiven Aufschläge bei Mieterwechseln sind nicht nur ein Ärgernis. Die Aufschläge führen in den Ballungszentren auch dazu, dass Immobilienbesitzer flächendeckend übersetzte und mietrechtlich nicht mehr zulässige Erträge erzielen. Die Wiedereinführung der Formularpflicht zur Mitteilung des Anfangsmietzinses ist unerlässlich, um die Steigerung der Mieten und die Umverteilung zwischen der Mehrheit der Mieterinnen und Mieter und der Minderheit der Immobilieninvestoren zu bremsen.

### **Rechtsschutz für alle**

Mit der Einführung der neuen Zivilprozessordnung (ZPO) am 1. Januar 2011 müssen Mieterinnen und Mieter hohe Kostenvorschüsse tragen, wenn Sie Kündigungen und Erstreckungsbegehren vom Mietgericht beurteilen lassen wollen. Diese Kosten zwingen Mieterinnen und Mieter, ungünstige Angebote der Vermieter zu akzeptieren. Der Verzicht auf die Gebühren im erstinstanzlichen Verfahren wird ausgewogenere Vergleiche vor der Schlichtungsbehörde ermöglichen. Es ist unerlässlich, den mit der neuen ZPO verbundenen Abbau des Rechtsschutzes im mietrechtlichen Verfahren rückgängig zu machen und auf die Erhebung von Gebühren an den Mietgerichten zu verzichten.

### **Flankierende Massnahmen in der Miet- und Wohnpolitik sind unerlässlich**

Der MV Zürich fordert den Kantonsrat auf, die vom MV vorgeschlagenen Massnahmen ernsthaft zu prüfen. Wir sind überzeugt, dass flankierende Massnahmen in der Miet- und Wohnpolitik unerlässlich sind und eine Mehrheit der Bevölkerung hinter den Forderungen der beiden Initiativen steht.

Rückfragen:

Felicitas Huggenberger, Geschäftsleiterin MV Zürich 079 774 96 11

Walter Angst, Leiter Kommunikation MV Zürich 079 288 56 92

Weitere Informationen: [www.mieterschutz-inklusive.ch](http://www.mieterschutz-inklusive.ch)